

Region

Wassersport-Center ab Ende April wieder offen

Thun Das Honu Wassersport-Center kann dank einem Provisorium der Stadt Thun in die neue Saison starten. Dafür gibt das Team um Daniel Reinhart derzeit mächtig Gas. Und: Das Feuer vom 10. Oktober wurde offenbar gelegt.

Barbara Donski

Im Lagerraum der BLS-Werft herrscht an diesem Freitagabend Hochbetrieb. Und Hochstimmung. Es wird geklebt, gehämmert, geschraubt. Und viel gelacht. Daniel Reinhart vom Honu Wassersport-Center baut derzeit mit Junioren und anderen Helfern einen neuen Outrigger, einen zwölf Meter langen Einbaum. Dessen Name: Pauahi, was auf hawaiianisch soviel heisst wie «Das Feuer ist vorbei».

Der Name könnte symbolträchtiger nicht sein. Im letzten Oktober war das Thuner Center und alles, was sich darin befand, ein Raub der Flammen geworden. Die Betreiber Daniel und Nicole Reinhart, die sich damit in den letzten Jahren eine neue Existenz aufgebaut hatten, standen vor dem Nichts. Dachten gar ans Aufgeben.

Doch davon ist heute, fünf Monate später, kaum noch etwas spürbar. Die Ohnmacht hat einer Aufbruchstimmung Platz gemacht. «Jetzt schauen wir nur noch vorwärts», sagt Daniel Reinhart. Und bespricht dann mit den beiden Wassersport-Junioren Mike Tschanz und Elia Heiniger sowie Helfer Moris Krähenbühl die weiteren Arbeitsschritte für den Bau des neuen Bootes.

«Für meine Frau und mich war nach dem ersten Schock schnell einmal klar: Wir starten wieder. Und bauen dafür einen neuen Einbaum». Dies, nachdem ein selbst gefertigter 16 Meter langer Outrigger durch das Feuer im Herbst vollständig zerstört worden war. Seit letztem Dezember arbeiten fünf Leute an zwei Abenden pro Woche an diesem Projekt, das auch für den Neustart des Centers steht.

«Für mich war sofort klar, dass ich mitmache, auch wenn ich handwerklich nicht so begabt bin», sagt etwa der 16-jährige Elia Heiniger aus Thun, der das Gymnasium besucht. Ebenfalls begeistert vom Projekt ist der 15-jährige Mike Tschanz. Er war es, der den Lagerraum in der BLS-Werft organisierte: «Ich kenne den Betriebsleiter, da meine Grossmutter gleich um die



Wassersport-Center-Betreiber Daniel Reinhart (links) baut mit Mike Tschanz (vorne rechts), Elia Heiniger (im Hintergrund) und Moris Krähenbühl einen neuen Outrigger in der BLS-Werft. Der alte wurde im letzten Herbst ein Raub der Flammen. Foto: Barbara Donski

Ecke wohnt», erzählt der Thuner, der im Sommer eine Lehre als Heizungszeichner beginnt. «Die BLS stellt uns den Raum seither kostenlos zur Verfügung.»

Provisorium wird nach Ostern errichtet

Grund für die Hochstimmung im Team ist auch die Stadt Thun. Sie entschied relativ rasch, anstelle des ausgebrannten Wassersport-Centers ein Provisorium zu errichten. Das war im letzten Dezember. Doch von aussen macht es den Anschein, dass seither kaum etwas geschehen ist. Auch der Brandplatz präsentiert sich in den letzten Monaten unverändert.

Doch nun kommt definitiv Bewegung in die Sache: Wie die Stadt Thun gestern morgen mitteilte, will sie das Provisorium ab Osterdienstag errichten, damit Daniel und Nicole Reinhart den Betrieb ab dem 24. April aufnehmen können.

«Das Wassersportcenter ist wichtig für Thun als Stadt am Wasser», sagt Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) in der Medienmitteilung. «Wir freuen uns, dass die Weiterführung des Betriebs dank dieser pragmatischen Lösung sichergestellt ist».

Erst Container, dann Ersatzbau

Vorerst will die Stadt nun fünf gemietete Schiffscontainer mit einer Gesamtfläche von 74 Quadratmetern aufstellen. Vier Container werden an das Wassersportcenter vermietet, einer ist für den Windsurfclub vorgesehen. Man habe diese «kostengünstige, mobile Übergangslösung» gewählt, da die temporären Gebäude nur maximal für eine Sommersaison stehen bleiben dürften. Hinzu kommt ein Container mit einer Toilette, der bereits seit Ende Jahr dort steht.

Die Gesamtkosten, bestehend aus Miete, Wasser-, Elektro- und Kanalisationsanschlüssen sowie Zäunen, betragen gemäss Angaben der Stadt rund 16'000 Franken. Ende September 2023 sollen die Container dem lokalen Unternehmen zurückgegeben werden. Als mittelfristige Lösung plant die Stadt Thun für die nächsten rund zehn Jahre einen Ersatzbau. «Aktuell wird das Baugesuch vorbereitet», schreibt die Stadt. «Ziel ist es, ab Ende Jahr zu bauen, so dass das Gebäude Mitte April 2024 in Betrieb genommen werden könnte». Langfristig sei das Wassersport-Center zudem Teil der Masterplanung für die Weiterentwicklung des gesamten Lachenareals.

Center-Eröffnung mit Apéro für alle

Der nun vorliegende Zeitplan gibt den Betreibern des Wasser-

sport-Centers Planungssicherheit: «Das Material für die Kurse und die Vermietung ist organisiert. Wir sind bereit, dass wir in den Tagen nach Ostern alles einrichten können», sagt Daniel Reinhart. «Auch mit Hilfe des 18-köpfigen Teams, das uns trotz der vielen Unsicherheiten die Treue hielt.» Starten wird der Betrieb am 24. April mit SUP-Kursen im Rahmen des freiwilligen Schulsports. An zwei Tagen pro Woche werden rund 40 Kinder unterrichtet.

Die eigentliche Center-Neueröffnung ist für den 7. Mai vorgesehen: «Dann wollen wir uns bei der Bevölkerung und all denjenigen, welche uns in den letzten Monaten finanziell und mental unterstützt haben, bedanken», sagt Daniel Reinhart.

So kamen unter anderem auf der Crowdfunding-Plattform Gofundme weit über 50'000

Franken für den Neustart zusammen.

Starten Junioren mit neuem Outrigger?

Bereits am 6. Mai organisieren Reinharts wiederum das Ice Race, einen Event, bei welchem die Teilnehmenden mit SUPs, Kajaks und anderen Booten von Interlaken nach Thun paddeln oder um den ganzen See rudern. «Wir wollen den Event aufgrund unserer Situation aber bewusst etwas kleiner halten», sagt Reinhart. Waren es im vergangenen Jahr noch rund 250 Teilnehmende sollen es in diesem Jahr nur rund 150 sein.

Mit von der Partie sind auch die Junioren des Wassersport-Centers. Wenn immer möglich mit dem neuen Outrigger, der Platz für sechs Personen bietet. Doch bis dahin gibt es noch viel zu tun: «Erst müssen wir das Boot fertig bauen. Und bevor wir es einwassern, wird es mit einer Glasfaser überzogen und lackiert», erzählt Mike Tschanz. «Ja, unser Plan ist sportlich», sagt auch Elia Heiniger. «Aber wir tun alles, dass er aufgeht.»

Die nächsten Events: 6. Mai, Ice Race, Anmeldung: www.ice-race.ch; 7. Mai, 10 bis 17 Uhr, Center-Eröffnung und Saisonstart. Aussteller präsentieren ihr Material, öffentliches Apéro für alle. Weitere Anlässe werden auf www.honu.ch aufgeschaltet.

Es war wohl Brandstiftung

Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, hat das Dezernat Brände und Explosionen die Ermittlungen zum Brand des Honu Wassersport-Centers abgeschlossen. «Die Auswertung und Sicherung von Spuren hat ergeben, dass Brandstiftung im Vordergrund steht», schreibt die Kantonspolizei. Eine Täterschaft habe aber bislang nicht ermittelt werden können. «Aktuelle Schätzungen zufolge beläuft sich der Sachschaden auf über 900'000 Franken», so die Kantonspolizei weiter. Der Sachverhalt sei an die zuständige Staatsanwaltschaft Oberland rapportiert worden. (PD)

Versuchter Mord jetzt vor Obergericht

Thun Ein Mann schoss auf seine Partnerin und verletzte sie schwer. Gegen die hohe Freiheitsstrafe wehrt er sich nun vor dem Obergericht.

Vor gut drei Jahren schoss ein damals 54-jähriger Mann in Thun auf seine deutlich jüngere Partnerin und Mutter seiner Tochter. Die beiden waren seit 2009 ein Paar. Die Frau hatte sich wenige Monate vor der Tat vom Mann getrennt und war in eine eigene Wohnung gezogen, was er nicht guthiess. Unter dem Vorwand, ihr ihren Reisepass und Geld zu bringen, liess sie sich auf ein Gespräch mit ihm ein. Dieses fand in ihrer Wohnung statt, wo auch die gemeinsame Tochter und deren Tagesmutter anwesend waren.

Sie redeten zusammen, bis er plötzlich eine Waffe zückte und auf die Frau schoss. Er gab fünf Schüsse ab und verletzte die Frau

vor allem am Unterleib und an den Beinen. Die Frau leidet auch heute noch an den Folgen ihrer Verletzungen, ist krankgeschrieben und benötigt Schmerzmittel und verschiedene Therapien. Das Regionalgericht Oberland in Thun verurteilte den Mann im Sommer 2021 wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren und einer Landesverweisung von 12 Jahren.

Er findet die Strafe zu lang

Der Mann akzeptiert die lange Freiheitsstrafe nicht und appelliert gegen das Urteil. Seine Verteidigerin kritisierte am Donnerstag vor Obergericht das Urteil des Regionalgerichtes. Man habe seiner Aussage, er habe die

Frau nicht töten wollen, sondern nur einschüchtern, nicht geglaubt. Sie begründet es damit, dass er die Frau anschliessend gehen liess, und sagte: «Sie war ja die Mutter seiner Tochter, und er wollte dem Kind die Mutter nicht nehmen.»

Das Regionalgericht habe auch die Vorgeschichte und die Tatsache, dass es ihm damals psychisch und körperlich schlecht ging nicht berücksichtigt. Ihr Antrag gestern, der Mann sei zu vier Jahren zu verurteilen und auf die Landesverweisung sei zu verzichten.

Mehr Geld verlangt

Auch die verletzte Frau ist mit dem Urteil nicht einverstanden.

Die Genugtuung von 40'000 Franken sei zu tief bemessen. Ihre Anwältin führte aus, dass die heute 36-jährige Frau für ihr Leben gezeichnet sei. Sie werden

«Ich wollte die Frau nicht töten, nur einschüchtern.»

Der Angeklagte

nie mehr in ihren geliebten Beruf zurückkehren können, weil die Verletzungen sie zu sehr beeinträchtigen würden. «Es werden aber nicht nur körperliche,

sondern auch psychische Narben bei der früher gesunden, sportlichen Frau zurückbleiben, die sich nichts sehnlicher wünscht, als ihr altes Leben wieder zurückzubekommen.» Sie fordert deshalb eine Genugtuung von 90'000 Franken. In ähnlichen Fällen seien durchaus schon solche Beträge an Opfer ausbezahlt worden.

Die Staatsanwaltschaft Region Oberland hat nicht gegen das Urteil appelliert. Das bedeutet, dass das Obergericht die vom Regionalgericht gefällte Freiheitsstrafe nicht erhöhen darf. Das Obergericht kann die Strafe jedoch reduzieren und die Genugtuung erhöhen. Der Generalstaatsanwalt hat gestern vor

Obergericht deutliche Worte dafür gefunden, wie heimtückisch und kaltblütig der Täter vorgegangen sei. Er stellte den Antrag, das Urteil des Regionalgerichtes Oberland sei zu bestätigen, und zwar sowohl die Freiheitsstrafe von 14 Jahren wie auch die Landesverweisung von 12 Jahren.

Ob der Täter nach Verbüßung der Freiheitsstrafe tatsächlich ausgewiesen wird, hängt davon ab, wie es dann um seine Gesundheit Täters steht und ob er in seiner asiatischen Heimat die nötige medizinische Betreuung erhalten kann. Das Urteil des Obergerichtes wird am 30. März bekannt gegeben.

Margrit Kuzn

Und wieder braucht es Geld für «ewigen» Weg

Analyse zu Langsamverkehrsverbindung Der Thuner Stadtrat genehmigte einmal mehr Geld für den neuen Veloweg vom Bahnhof ins Schwäbis – wenn auch sehr knapp. Geplant wird seit Jahren, gebaut weiterhin nicht. Bald wird die Zeit knapp.

Michael Gurtner

Das entscheidende Wort ist «langsam»: Über die Langsamverkehrsverbindung vom Bahnhof Thun via Selve-Areal über die Aare ins Schwäbis wird seit Jahren diskutiert – Velofahrerinnen benutzen aber nach wie vor die bestehenden (Haupt-)Strassen. Vom separaten Weg auch für Fussgänger entlang der Gleise und über drei neue Brücken ist weit und breit nichts zu sehen. Dabei läuft die Planung seit deutlich mehr als einem Jahrzehnt. 2012 bewilligte der Gemeinderat einen Projektierungskredit, zwei Jahre später sollte die Verbindung realisiert sein. Diese ursprünglichen Pläne lösen heute höchstens noch ein sehr müdes und sehr sarkastisches Lächeln aus.

Zwei Varianten zur Auswahl

Denn einmal mehr beantragte der Gemeinderat am Donnerstagabend beim Stadtparlament mehr Geld für die Planung. Diesmal ging es um 180'000 Franken für eine vertiefte Prüfung des Abschnitts zwischen Gewerbestrasse und Schwäbis. Laut Gemeinderat ist dies notwendig, um die optimale Linienführung zu bestimmen – vor allem aufgrund des Ortsbildschutzes. In diesem Bereich stehen zwei Varianten zur Auswahl – mit einer neuen Brücke über die Aare vom Selve-Areal ins Schwäbis entweder oberhalb oder unterhalb des Stauwehrs. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie, an der sich Steffisburg mit 54'000 Franken beteiligt, sollen die Varianten und allfällige weitere Optionen vertieft geprüft werden. Mit Fokus auf Lage, Grösse und Gestaltung der Brücke über die Aare, aber auch über die Allmendstrasse.

«Wir brauchen fundierte Grundlagen, um alle überzeugen zu können», erklärte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) im Stadtrat. Denn: Die neue Brücke über die Aare kommt in ein sensibles Gebiet zu stehen. Eine Abstimmung mit dem Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder ist unerlässlich. Die Gefahr, dass ohne genaue Abklärungen später weitere Verzögerungen drohen würden, ist

denn auch tatsächlich nicht von der Hand zu weisen.

SVP scheidet

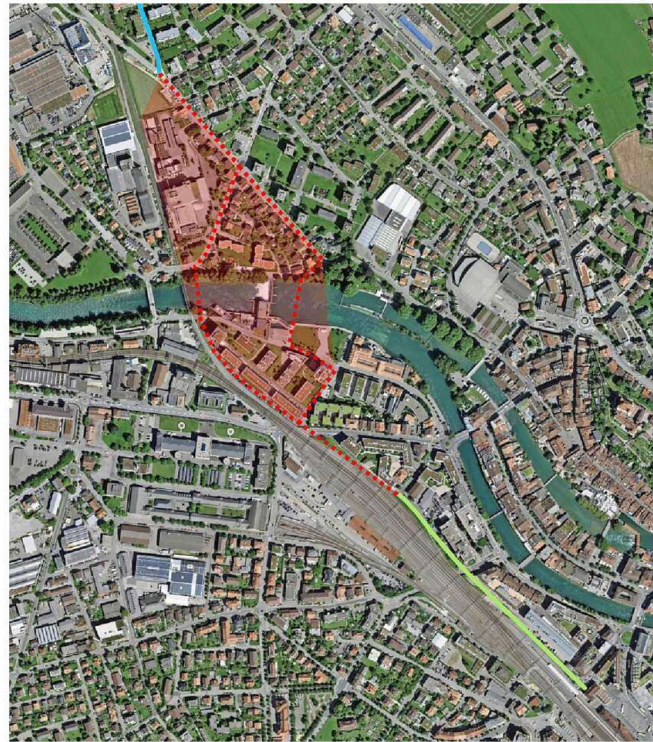
Der erneute Kreditantrag löste im Stadtrat allerdings wenig überraschend keine Beifallsbekundungen aus. Im Gegenteil: Die SVP stellte gar einen Rückweisungsantrag – notabene gegen ein Projekt «ihres» Stadtpräsidenten und des Gemeinderats, in dem die SVP bekanntlich eine Mehrheit hat. Unterstützung gab es von der Fraktion FDP/Die Mitte und Partellos. Für Letztere sagte Marc Fritsch, hier werde Geld für Planer schlicht verschrenkt. Der Antrag scheiterte jedoch mit 17 zu 20 Stimmen.

«Wir schaffen mit dem Kredit die Voraussetzung dafür, dass der Weg realisiert und das Prozessrisiko minimiert wird», zeigte sich Martin Allemann (SP) überzeugt. Wer Nein sage, nehme in Kauf, dass die Verbindung gefährdet werde. «Jetzt muss etwas gehen, mit allen Kräften», forderte Jonas Baumann-Fuchs (EVP/GLP/EDU) mit Blick auf die «unendliche Geschichte», wie es Michelle Marbach (Grüne) nannte. Sie monierte den bisher mangelnden politischen Willen, das Projekt mit der nötigen Priorisierung voranzutreiben. Die Vorgeschiedene sorgte quer durch alle Fraktionen für Kritik. «Das ist keine planerische Meisterleistung der Stadt», wettete Mark van Wijk (FDP/Die Mitte). Der ehemalige Thuner Regierungsschaltthaler Fritsch bemerkte süffisant: «Wenn vor 14 Jahren ein Baugesuch eingereicht worden wäre, hätte ich es wohl vor 13 Jahren bewilligt.»

Keine Einigkeit mit SBB

Einige Verzögerungen im Projekt sind allerdings durchaus erklärbar. So wies Raphael Lanz wiederholt darauf hin, dass lange unklar war, wie viel Raum die SBB entlang der Gleise für sich selbst beanspruchen. Was einen direkten Einfluss auf die Pläne der Stadt hatte. Zudem nahm Stadtpräsident Lanz auf sich, dass zuletzt die Ortsplanungsrevision im Planungsamt klar Priorität genosse.

Nur ist auch der Zeitplan für die vermeintlich unproblematische



Die neue Langsamverkehrsverbindung: Der grüne Teil vom Bahnhof (unten rechts) bis zur Gewerbestrasse soll rasch umgesetzt werden. Für den roten Teil mit den beiden Brückenvarianten über die Aare braucht es vertiefte Abklärungen. Blau eingezeichnet ist der bestehende Veloweg in Steffisburg. Foto: PD/StadT Thun

Solarzaun beim Fuss- und Veloweg?

«Welche Möglichkeiten zieht die Stadt Thun in Betracht, um den Bau von bewilligungsfähigen Fotovoltaikanlagen an (Grundstücks-) Zäunen zu fördern und so ermöglichen?» Das wollte Stadtrat Christoph Lauener und seine SVP-Fraktion in einer Interpellation wissen. Denn: Wenn das Dach für eine Fotovoltaikanlage nicht geeignet sei, könne eine solche womöglich an einem Zaun oder einer Fassade angebracht werden. In der Antwort auf den Vorstoss schreibt der Gemeinderat, dass es unter Berücksichtigung des Ortsbildschutzes in Thun rund 8300 Ge-

bäude mit potenziell nutzbaren Dach- oder Fassadenflächen zur Produktion von Solarenergie gebe. Dieses Potenzial gelte es zu nutzen. Fotovoltaikanlagen an Zäunen und Stützmauern oder Lärmschutzwänden könnten in Ausnahmefällen eine Ergänzung zu einer Dachanlage darstellen oder als Alternative dienen, wenn ein Dach nicht nutzbar sei. Aufgrund ihrer bodennahen, vertikalen Ausrichtung lieferten solche Anlagen jedoch deutlich weniger Ertrag als eine Dachanlage. Eine finanzielle Förderung sei deswegen nicht vorgesehen. Solarzäune bilden laut

Gemeinderat geschlossene Elemente und treten aus heutiger Sicht mehr als Wände denn als Zäune in Erscheinung. «Sie sind auffällig, können eine Blendwirkung entfalten und eignen sich wohl nur für wenige Standorte.» Auf Anfrage einer Thuner Solarfirma sei allerdings ein Pilotprojekt für einen Solarzaun in Vorbereitung: «Im Zusammenhang mit dem Projekt Langsamverkehrsverbindung Bahnhof-Selve wird aktuell geprüft, ob im Abschnitt Bahnhof bis Gewerbestrasse bahnsseitig ein Pilotprojekt realisiert werden kann», hält der Gemeinderat fest. (mik)

erste Etappe vom Bahnhof bis zur Gewerbestrasse unklar. Bauvorsteher Reto Schertenleib (SVP) erklärte gegenüber dieser Zeitung schon vor der Stadtratsitzung: «Grundsätzlich wären wir bereit. Offen ist einzig noch ein Landhandel mit den SBB, der sich zäh gestaltet.» Es geht um das Parkplatzeal zwischen den Bahngleisen und dem grossen Gebäude am Malerweg in unmittelbarer Bahnhofsnähe. Laut Schertenleib liegen die Preisvorstellungen weit auseinander. Die Stadt möchte 0,5 Millionen bezahlen, die SBB stellen sich 1,5 Millionen vor. Das Tiefbaunahabe nochmals ein bereinigtes Angebot gemacht und warte jetzt auf die Antwort der SBB. Sollte eine Einigung ausbleiben, müsse der Gemeinderat über das weitere Vorgehen bestimmen. Die Differenz mit den SBB bezeichnete Philipp Deriaz (SVP) im Parlament als «Killerkriterium» für das ganze Projekt, was Stapi Lanz vehement verneinte: «Wir würden Möglichkeiten finden, den Weg trotzdem umzusetzen.»

Die Zeit läuft

Der Stadtrat genehmigte den 180'000-Franken-Kredit für die zweite Etappe schliesslich mit 20 zu 17 Stimmen. Doch auch wenn die Resultate der Machbarkeitsstudie inklusive Kosten-schätzung bis Ende des Jahres vorliegen sollen: Die Zeit wird knapp. Denn der Bund hat für Projekte des Agglomerationsprogramms 1. Generation, zu dem der neue Fuss- und Veloweg gehört, eine Frist gesetzt. Bis Ende 2027 müssen die Finanzvereinbarungen mit Bund und Kanton abgeschlossen sein, damit sich diese an den Kosten beteiligen. Das heisst: Es braucht bis dann eine Baubewilligung und einen genehmigten Kredit für die Ausführung. Zwar ist die Planung der Stadt so ausgelegt, dass es trotz diversen anstehenden Schritten zeitlich aufgeht. Und eine Finanzierungsvereinbarung ist laut Schertenleib auch für einzelne Abschnitte möglich. Trotzdem ist klar: Soll das ganze Projekt mit Beteiligung von rund 60 Prozent von Bund und Kanton umgesetzt werden, ist das Stichwort «langsam» im Zusammenhang mit dem neuen Weg sehr bald tabu.

Einheimische sind künftig bei der Zuteilung von Bootsplätzen im Vorteil

Thuner Stadtrat Die Thuner Bevölkerung wird bei der Vergabe von Bootsplätzen künftig bevorzugt. Das Parlament hat ein entsprechendes Postulat klar angenommen.

«Wir werden dieses Anliegen nicht nur prüfen, sondern auch gleich umsetzen», sagte Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch (SP) am Ende der Diskussion. Und die Vorsteherin der Direktion Bildung, Sport, Kultur nannte sogar einen konkreten Termin: «Bis Ende 2023.» Das Vorgehen ist relativ erstaunlich, handelte es sich doch beim Geschäft «nur» um ein Postulat – eines, das der Stadtrat gestern Abend mit 32 Ja zu 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung klar annahm und gleichzeitig abschrieb.

Worum ging es? Die Fraktionen SVP, GLP/EVP/EDU, Die Mitte sowie die Stadtratsmitglieder der FDP baten in ihrem Vorstoss, den sie im Oktober eingereicht hatten, die städtische Bootsplatzverordnung anzupassen. Künftig sollen Einheimische bei der Zuteilung der gefragten 680 städtischen Bootsplätze bevorzugt behandelt werden. Es existiert eine lange Warte-liste für die Plätze; teilweise vergehen Jahre oder Jahrzehnte, bis Interessierte zum Zug kommen. «Heute gilt Dr Ender isch dr Gschwinder.» Viele Thunerinnen

und Thuner können nicht profitieren», brachte Postulant Thomas Bieri von der SVP die Ausgangslage auf den Punkt. Dass Auswärtige 50 Prozent höhere Mietzinse zu berappen hätten, sei da ein schwacher Trost. Bieri betonte überdies, dass es keineswegs darum gehe, Bootsplätze ausschliesslich noch an Einheimische zu vergeben oder Auswärtigen den Mietvertrag zu kündigen, aber die Thuner Bevölkerung solle sich fortan in der Warteliste besser einreihen können.

Im Laufe der Diskussion wurde bald klar, dass das Ansinnen kaum bestritten war. «Wir sind ebenfalls der Meinung, dass Einheimische Priorität geniessen sollen, nicht zuletzt, weil sie mit ihren Steuern ja auch den Unterhalt der Plätze finanzieren», sagte beispielsweise Nicolas Glauser (GLP/EVP/EDU). Er fand gar, dass man zumindest mittelfristig darauf hinwirken dürfte, dass Auswärtige Plätze freigeben. Nina Siegenthaler (SP) sprach von einem «nachvollziehbaren Anliegen» und warf zudem die Idee

ein, künftig Boots-Sharing-Modelle in Betracht zu ziehen und zu bewerten. Letzterem stimmte auch Roman Gugger (Grüne) zu. Er forderte überdies, dass Bootsplätze «weiterhin kostendeckend vermietet werden» und andernfalls die nötigen Anpassungen bei den Mietzinsen vorzunehmen seien. Eine Bevorzugung der Thunerinnen und Thuner macht aus Sicht von Barbara Lehmann Rickli (FDP/Die Mitte) schon nur deshalb Sinn, weil dies in anderen Gemeinden um den See auch so gehandhabt werde. «Und auch mit Blick auf

den Umweltschutz sind kürzere Anfahrtsweg nicht verkehrt.» Der Gemeinderat wird nun also die Bootsplatzverordnung, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, überarbeiten. Würde sie vollumfänglich nach dem Willen der Postulanten angepasst, würden künftig sowohl die Thunerinnen und Thuner, die über keinen eigenen Bootsplatz verfügen, als auch jene, die einen Platz in einem anderen Kanton ihr Eigen nennen, bei der Zuteilung in Thun bevorzugt.

Gabriel Berger